

**BRS TREUHAND GMBH  
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

---

# Prüfungsbericht

**Kommunale Dienste Elbtalaue**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012**

---



<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Abkürzungsverzeichnis .....	4
A. Prüfungsauftrag .....	5
B. Grundsätzliche Feststellungen .....	6
I.    Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung .....	6
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung .....	7
D. Feststellungen zur Rechnungslegung .....	9
I.    Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung .....	9
1.    Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen .....	9
2.    Jahresabschluss .....	9
II.   Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	9
1.    Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	9
2.    Wesentliche Bewertungsgrundlagen .....	9
3.    Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage .....	10
a) Ertragslage .....	10
b) Finanzlage .....	11
c) Vermögens- und Kapitalstruktur .....	12
d) 5-Jahres-Übersicht .....	12
E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG .....	13
I.    Allgemeines .....	13
II.   Haushaltsplanabwicklung .....	13
F. Abschließendes Prüfungsergebnis und Bestätigungsvermerk .....	15

## Anlagen

- 1 Ergebnisrechnung
- 2 Finanzrechnung
- 3 Bilanz
- 4 Anhang
- 5 Rechenschaftsbericht
- 6 Anlagenübersicht
- 7 Schuldenübersicht
- 8 Forderungsübersicht
- 9 Rechtliche Verhältnisse
- 10 Erläuterungen zu den Posten des Jahresabschlusses
- 11 Fragenkatalog zur Prüfung gemäß § 53 HGrG

## Abkürzungsverzeichnis

GemHKVO	Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung des Landes Niedersachsen
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neue kommunale Rechnungslegung in Niedersachsen
PS	Prüfungsstandard des IDW
RdErl. MI Nds. vom 4.12.2006	Anwendungserlaß des niedersächsischen Innenministeriums zur Ausführung des seit dem 1.1.2006 geltenden Gemeindehaushaltsrechts gem. GemHKVO

## A. Prüfungsauftrag

1. Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue erteilte uns im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Lüchow-Dannenberg am 22. Januar 2013 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 gemäß §§ 29 ff. EigBetrVO des Landes Niedersachsen i.V.m. § 157 NKomVG zu prüfen.
2. Für die Haushaltswirtschaft des Eigenbetriebes gelten gemäß § 7 der Betriebssatzung i.V.m. § 5 EigBetrVO die Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO).
3. Der Jahresabschluss besteht gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG aus folgenden Teilen:
  - Ergebnisrechnung
  - Finanzrechnung
  - Bilanz
  - Anhang mit
    - Rechenschaftsbericht
    - Anlagenübersicht
    - Schuldenübersicht
    - Forderungsübersicht
    - Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen
4. Der Prüfungsauftrag umfasst gemäß § 29 EigBetrVO auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes gemäß § 53 HGrG.
5. Für die Durchführung des Auftrages sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 vereinbart.
6. Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss als Anlage beigefügt ist.

## **B. Grundsätzliche Feststellungen**

### **I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung**

7. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes durch die Betriebsleitung im Rechenschaftsbericht dar:
8. Die Investitionen des Haushaltsjahres 2012 konnten ohne Aufnahme von Investitionskrediten finanziert werden. Es handelt sich insbesondere um einen Aufsitzmäher sowie andere Maschinen und Geräte.
9. Die Eigenkapitalquote liegt bei 59 %, die Anlagendeckung (Deckung des langfristig gebundenen Vermögens mit langfristigen Mitteln) beläuft sich auf 119 %. Die vorhandenen Darlehen wurden mit 24 T€ anteilig getilgt.
10. Im Haushaltsjahr 2012 wurde insgesamt ein Jahresüberschuss von 14 T€ erzielt, was allerdings ausschließlich auf das positive außerordentliche Ergebnis (Erstattung für Vorjahre) zurückzuführen ist.
11. Risiken der zukünftigen Entwicklung bestehen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Gemeinden im schwankenden Volumen der abgeforderten Leistungen.
12. Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes durch die Betriebsleitung einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis der Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der Betriebsleitung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

## C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

13. Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss tragen die gesetzlichen Vertreter des Betriebes. Aufgabe der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung einer Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung beachtet worden sind.
14. Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes des Betriebes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des erteilten Auftrages zur Jahresabschlussprüfung.
15. Die Prüfung wurde im April 2013 im Verwaltungsgebäude der Samtgemeinde Elbtalau sowie abschließende Arbeiten in unserem Büro durchgeführt. Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2011.
16. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, daß wir bei unserer Abschlußprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.
17. Bei Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach wurde die Prüfung problemorientiert so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkannt werden konnten. Gegenstand des Auftrages waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen und außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung waren so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei den gesetzlichen Vertretern und dem Betriebsausschuss des Betriebes.
18. Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes verschafft. Darauf aufbauend haben wir ausgehend von der Organisation des Betriebes die Geschäftsrisiken bestimmt, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Durch Gespräche mit der Betriebsleitung und durch Einsichtnahme in Organisationsunterlagen des Betriebes haben wir anschließend untersucht, welche Maßnahmen der Betrieb ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. Das Prüfungsvorgehen wurde nach der Wesentlichkeit der im Jahresabschluss enthaltenen Posten bestimmt; es wurden deshalb hauptsächlich Plausibilitätsbeurteilungen und stichprobenweise Belegprüfungen vorgenommen.

19. Von der Betriebsleitung sowie von den beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht worden. Die Betriebsleitung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und alle erforderlichen Angaben gemacht sind.

## **D. Feststellungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

20. Das Belegwesen ist geordnet. Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften. Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und der IT-Systeme zu gewährleisten. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung der Geschäftsvorfälle und die Vermögenssicherung zu gewährleisten.

#### **2. Jahresabschluss**

21. Die Bilanz, die Finanzrechnung und die Ergebnisrechnung wurden ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der GemHKVO eingehalten sowie die im RdErl. des MI v. 4.12.2006 erlassenen Muster beachtet. Bestandsnachweise lagen in erforderlichem Umfang vor.
22. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Dies gilt auch für die Anlagenübersicht, die Schuldenübersicht und die Forderungsübersicht. Der Rechenschaftsbericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes.

### **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

#### **1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

23. Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes.

#### **2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen**

24. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind im Anhang des Jahresabschlusses niedergelegt. Für die Beurteilung des Jahresabschlusses wesentliche ausgeübte Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie offensichtlich ausgeübte Ermessensspielräume liegen nicht vor.

### 3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

#### a) Ertragslage

	2012		2011		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Öffentlich-rechtliche Entgelte	252	15,7	249	15,9	+ 3
Privatrechtliche Entgelte	1.271	79,0	1.191	76,0	+ 80
Kostenerstattungen und -umlagen	84	5,1	128	8,1	- 44
Zinserträge	0	0,0	0	0,0	0
Übrige ordentliche Erträge	1	0,1	0	0,0	+ 1
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>1.608</b>	<b>99,9</b>	<b>1.568</b>	<b>100,0</b>	<b>+ 40</b>
Personalaufwand	1.248	77,6	1.172	72,9	+ 76
Sach- und Dienstleistungen	272	16,9	263	16,4	+ 9
Abschreibungen	93	5,8	95	6,1	- 2
Zinsaufwand	20	1,2	21	1,3	- 1
Abführung Gebührenüberschuss	2	0,1	0	0,0	+ 2
Sonstige Aufwendungen	22	1,4	26	1,7	- 4
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>1.657</b>	<b>103,0</b>	<b>1.577</b>	<b>98,4</b>	<b>+ 80</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-49</b>	<b>-3,1</b>	<b>-9</b>	<b>1,6</b>	<b>- 40</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>63</b>	<b>3,9</b>	<b>2</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 61</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>14</b>	<b>0,8</b>	<b>-7</b>	<b>1,7</b>	<b>+ 21</b>

25. Insgesamt wurde ein **Jahresergebnis** von + 14 T€ erzielt.
26. Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** betreffen die Friedhofs- und Straßenreinigungsgebühren.
27. Die **privatrechtlichen Entgelte** stiegen um 80 T€. Sie wurden hinsichtlich der erbrachten Lohnstunden wie im Vorjahr mit einem Personalstundensatz von 33,00 € abgerechnet.
28. Die **Kostenerstattungen und Umlagen** verminderten sich aufgrund der entfallenen Hausmeister-tätigkeiten an den Grundschulen Breselenz und Prisser.
29. Der **Personalaufwand** weist eine Steigerung von 76 T€ auf, was auf die tarifliche Vergütungserhöhung und den zusätzlichen temporären Einsatz von Mitarbeitern im Grünpflegedienst zurückzuführen ist.
30. Für **Sach- und Dienstleistungen** wurden 9 T€ mehr ausgegeben als im Vorjahr. Ursächlich waren insbesondere höhere Aufwendungen für die Unterhaltung der Fahrzeuge, Geräte und Immobilien sowie gestiegene Entsorgungskosten.
31. Die **Abführung Gebührenüberschuss** betrifft den Bereich Straßenreinigung; der Betrag wurde dem entsprechenden Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
32. Die **Sonstigen Aufwendungen** gingen zurück, nachdem im Vorjahr das Gebührengutachten für den Bereich Friedhofswesen (5 T€) bezahlt wurde.

## b) Finanzlage

33. In der folgenden **Finanzrechnung** ist die Veränderung der flüssigen Mittel (+ 19 T€) als Ergebnis der Mittelzu- und -abflüsse aller Betriebstätigkeiten dargestellt:

<b>Finanzrechnung</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Einzahlungen aus Entgelten, Erstattungen und Umlagen	1.618	1.642
Zinseinzahlungen	0	0
Sonstige Einzahlungen	5	17
Auszahlungen für Personal	-1.273	-1.229
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-297	-310
Zinsauszahlungen	-16	-21
Sonstige Auszahlungen	-3	-15
<b>Zahlungsfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+ 34</b>	<b>+ 84</b>
Erhaltene Zuwendungen	0	0
Einzahlungen aus Anlageabgängen	1	1
Auszahlungen für Investitionen	-10	-36
<b>Zahlungsfluss aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 9</b>	<b>- 35</b>
Darlehnsaufnahmen	0	0
Darlehnsstilgungen	-24	-30
<b>Zahlungsfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>- 24</b>	<b>- 30</b>
Veränderung der flüssigen Mittel	+ 1	+ 19
Flüssige Mittel am Jahresanfang	80	61
<b>Flüssige Mittel am Jahresende</b>	<b>81</b>	<b>80</b>

34. Die Investitionen und Darlehnsstilgungen konnten durch den Zahlungsfluß aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert werden. Daneben erhöhte sich der Bestand der flüssigen Mittel von 80 T€ auf 81 T€.

## c) Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012		31.12.2011		+/- T€
	T€	%	T€	%	
<b>Aktivseite</b>					
Sachvermögen	1.072	76,0	1.151	80,1	- 79
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>1.072</b>	<b>76,0</b>	<b>1.151</b>	<b>80,1</b>	<b>- 79</b>
Kurzfristige Forderungen	257	18,2	206	14,3	+ 51
Flüssige Mittel	81	5,8	80	5,6	+ 1
	<b>1.410</b>	<b>100,0</b>	<b>1.437</b>	<b>100,0</b>	<b>- 27</b>
<b>Passivseite</b>					
Nettoposition	833	59,1	817	56,9	+ 16
Investitionskredite	444	31,5	468	32,6	- 24
<b>Langfristig verfügbare Mittel</b>	<b>1.277</b>	<b>90,6</b>	<b>1.285</b>	<b>89,4</b>	<b>- 8</b>
Rückstellungen	67	4,8	84	5,8	- 17
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	66	4,7	68	4,7	- 2
	<b>1.410</b>	<b>100,0</b>	<b>1.437</b>	<b>100,0</b>	<b>- 27</b>

35. Der Anteil der Nettoposition an der Bilanzsumme beträgt gute 59,1 %. Das langfristig gebundene Vermögen (1.072 T€) ist vollständig mit langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (1.277 T€) finanziert.
36. Der Wertansatz des **Sachvermögens** hat sich um 79 T€ vermindert, da die Abschreibungen höher lagen als die Investitionen.
37. Die **kurzfristigen Forderungen** erhöhten sich stichtagsbedingt.
38. Die **Nettoposition** erhöhte sich aufgrund des Jahresüberschusses (14 T€) und der Zuführung zum Sonderposten für Gebührenaussgleich (2 T€).
39. Die **Investitionskredite** wurden mit 24 T€ getilgt.
40. Die **Rückstellungen** verringerten sich insbesondere aufgrund der Inanspruchnahme der Altersteilzeitrückstellung.

## d) 6-Jahres-Übersicht

Sechs-Jahres-Übersicht		2012	2011	2010	2009	2008	2007
<b>Bilanz</b>							
Nettoposition	T€	833	817	824	840	895	877
Eigenkapitalquote	%	59%	57%	53%	55%	57%	51%
Darlehen	T€	444	468	498	528	557	624
<b>Gewinn und Verlust</b>							
Ordentliche Erträge	T€	1.608	1.568	1.679	1.524	1.534	1.451
Stundensatz Personal	€/Stunde	33,00	33,00	33,00	33,00	33,00	33,00
Personalaufwand	T€	1.248	1.172	1.245	1.209	1.144	1.087
Jahresergebnis	T€	+ 14	- 7	- 31	- 73	+ 23	+ 94

## E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

### I. Allgemeines

41. Auftragsgemäß haben wir unsere Prüfung auch auf die Sachverhalte des § 29 EigBetrVO erstreckt, dies sind:
- die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung,
  - die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität, der Rentabilität und ob der Betrieb wirtschaftlich geführt wird,
  - Verlust bringende Geschäfte und die Ursachen von Verlusten, wenn diese sich nicht nur unerheblich auf die Vermögens- und Ertragslage ausgewirkt haben,
  - die Ursachen eines Jahresfehlbetrages.
42. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Abschnitt sowie in der Anlage 11 (Fragenkatalog gemäß IDW Prüfungsstandard 720) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

### II. Haushaltsplanabwicklung

43. Als Maßstab für die wirtschaftliche Führung des Betriebes kann insbesondere die Abwicklung des Haushaltsplanes herangezogen werden. Nachfolgend sind die Ansätze der Ergebnisplanung den tatsächlichen Ergebnissen gegenübergestellt:

<b>Ergebnisplan</b>	<b>Soll</b>	<b>Ist</b>	<b>Abweichung</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Erträge</b>			
Zuwendungen und Umlagen	0	1	+ 1
Auflösung Sonderposten	0	0	0
öffentlich-rechtliche Entgelte	257	252	- 5
privatrechtliche Entgelte	1.211	1.271	+ 60
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	109	84	- 25
Zinserträge	0	0	0
	<b>1.577</b>	<b>1.608</b>	<b>+ 31</b>
<b>Aufwendungen</b>			
Aufwendungen für aktives Personal	1.179	1.248	+ 69
Sach- und Dienstleistungen	260	272	+ 12
Abschreibungen	95	93	- 2
Zinsaufwendungen	21	20	- 1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	22	22	0
Zuführung zum Sonderposten für Gebührenaussgleich	0	2	+ 2
	<b>1.577</b>	<b>1.657</b>	<b>+ 80</b>
<b>Ordentliches Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>-49</b>	<b>- 49</b>
<b>Außerordentliches Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>63</b>	<b>+ 63</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>14</b>	<b>+ 14</b>

44. Das geplante Jahresergebnis wurde – allerdings ausschließlich wegen des Vorliegens außerordentlicher Erträge - um 14 T€ übertroffen.

45. Der Plan-Abweichung bei den privatrechtlichen Erträgen (i.W. aufgrund des größeren Arbeitsumfangs; + 60 T€) stehen höhere Aufwendungen für das Personal (+ 69 T€) gegenüber.
46. Die Kostenerstattungen und Umlagen waren aufgrund geringerer Personalkostenerstattungen für Hausmeisterarbeiten rückläufig (- 25 T€).
47. Da zudem die Sach- und Dienstleistungen den Planansatz um 12 T€ überstiegen (u.a. wegen höherer Kosten für den Fuhrpark, die Immobilien und die Abfallentsorgung), lag das ordentliche Ergebnis um 49 T€ unter Plan.
48. Das außerordentliche Ergebnis ist weitgehend nicht planbar.
49. Die Abwicklung der relevanten Sachverhalte im Investitionsprogramm:

<b>Investitionsplan</b>	<b>Planansatz</b>	<b>Tatsächliches Ergebnis</b>	<b>Abweichung</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Ersatzbeschaffungen von Geräten	30	5	- 25
Klein-LKW	25	0	- 25
Bewegliches Vermögen Friedhöfe	3	0	- 3
Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen	0	5	+ 5
	<b>58</b>	<b>10</b>	<b>- 48</b>

50. Die Ersatzbeschaffungen von Geräten, des Klein-LKWs und der Geräte für die Friedhöfe war aus technischen Gründen noch nicht bzw. nicht in dem geplanten Umfang erforderlich. Die ursprünglich nicht vorgesehenen Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen betrafen einen Aufsitzmäher und einen gebrauchten Bauwagen.

## **F. Abschließendes Prüfungsergebnis und Bestätigungsvermerk**

### **Buchführung**

51. Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Belege sind ordnungsmäßig angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

### **Jahresabschluss**

52. Der Jahresabschluss wurde richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht nach Form und Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Formblättern der GemHKVO. Die verlangten Aufklärungen und Nachweise hat die Betriebsleitung erbracht.

### **Wirtschaftliche Verhältnisse**

53. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet. Es wurde ein Jahresüberschuss von 14 T€ erzielt, allerdings lediglich aufgrund der Vereinnahmung außerordentlicher Erträge. Der Anteil der Nettosition an der Bilanzsumme beträgt gute 59 %. Das langfristig gebundene Vermögen ist vollständig mit langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert. Die Investitionen konnten vollständig durch eigene Mittel finanziert werden, Darlehnsaufnahmen waren nicht erforderlich.

### **Lagebeurteilung**

54. Risiken (und Chancen) der zukünftigen Entwicklung bestehen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Gemeinden im schwankenden Volumen der abgeforderten Leistungen.

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Der Jahresabschluss und die Buchführung des Eigenbetriebes Kommunale Dienste Elbtalaue für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Der Eigenbetrieb wurde wirtschaftlich geführt.“

Hannover, den 10. April 2013

BRS Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bargsten  
Wirtschaftsprüfer

## Ergebnisrechnung der Kommunalen Dienste Elbtalau

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres 2011 -Euro- 2	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012 -Euro- 3	Ansätze des Haushaltsjahres 2012 -Euro- 4	mehr(+) weniger(-) -Euro- 5	aus Spalte 5 nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Aufwendungen -Euro- 6
1					
<b>Ordentliche Erträge</b>					
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.193,00	0,00	1.193,00	
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	337,98	278,00	0,00	278,00	
3.1 Auflösungserträge a. Sonderposten f. Geb.ausgl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte	249.130,90	251.825,51	256.800,00	-4.974,49	
6 Privatrechtliche Entgelte	1.190.413,80	1.271.026,47	1.210.600,00	60.426,47	
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	128.096,07	83.958,39	109.500,00	-25.541,61	
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	308,46	231,81	100,00	131,81	
9 Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11 sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>12 Summe ordentliche Erträge</b>	<b>1.568.287,21</b>	<b>1.608.513,18</b>	<b>1.577.000,00</b>	<b>31.513,18</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13 Aufwendungen für aktives Personal	1.172.113,78	1.247.821,49	1.179.400,00	68.421,49	
14 Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	263.392,67	272.267,81	260.000,00	12.267,81	
16 Abschreibungen	94.633,32	92.618,64	94.700,00	-2.081,36	
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.342,43	20.008,69	20.500,00	-491,31	
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.272,99	21.917,25	22.400,00	-482,75	
19.1 Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten	0,00	2.483,85	0,00	2.483,85	
<b>20 Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>1.577.755,19</b>	<b>1.657.117,73</b>	<b>1.577.000,00</b>	<b>80.117,73</b>	
<b>21 Ordentliches Ergebnis</b> (Summe ordentl. Erträge abzgl. Summe ordentl. Aufwendungen)	<b>-9.467,98</b>	<b>-48.604,55</b>	<b>0,00</b>	<b>-48.604,55</b>	
22 Außerordentliche Erträge	15.550,24	65.094,69	0,00	65.094,69	
23 Außerordentliche Aufwendungen	13.073,77	2.415,88	0,00	2.415,88	
<b>24 Außerordentliches Ergebnis</b> (außerordentliche Erträge abzgl. außerordentliche Aufwendungen)	<b>2.476,47</b>	<b>62.678,81</b>	<b>0,00</b>	<b>62.678,81</b>	
<b>Jahresergebnis</b> (Saldo aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	<b>-6.991,51</b>	<b>14.074,26</b>	<b>0,00</b>	<b>14.074,26</b>	

## Finanzrechnung der Kommunalen Dienste Elbtalau

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Ansätze des Haushaltsjahres 2012	mehr(+) weniger(-)	aus Spalte 5 nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Aufwendungen
1	2011 -Euro- 2	-Euro- 3	-Euro- 4	-Euro- 5	-Euro- 6
<b>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>					
1 Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00	
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen		1.193,00	0,00	1.193,00	
3 Sonstige Transfereinzahlungen		0,00	0,00	0,00	
4 Öffentlich-rechtliche Entgelte	228.317,92	285.086,08	256.800,00	28.286,08	
5 Privatrechtliche Entgelte	1.276.309,98	1.254.012,64	1.210.600,00	43.412,64	
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	137.208,73	77.925,13	109.500,00	-31.574,87	
7 Zinsen und ähnliche Einzahlungen	308,46	231,81	100,00	131,81	
8 Einz.aus d. Veräußerung geringw.Verm.gegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	
9 Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	17.467,18	4.266,73	-74.100,00	78.366,73	
<b>10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>1.659.612,27</b>	<b>1.622.715,39</b>	<b>1.502.900,00</b>	<b>119.815,39</b>	
<b>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>					
11 Auszahlungen für aktives Personal	1.228.676,83	1.273.279,87	1.177.400,00	95.879,87	
12 Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	
13 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	310.143,00	296.707,24	282.400,00	14.307,24	
14 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	21.342,43	16.135,33	20.500,00	-4.364,67	
15 Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
16 Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	14.895,46	2.988,19	2.000,00	988,19	
<b>17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>1.575.057,72</b>	<b>1.589.110,63</b>	<b>1.482.300,00</b>	<b>106.810,63</b>	
<b>18 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b> (Summe Einzahlungen abzgl. Summe Ausz.aus lfd. Verw.tätigkeit)	<b>84.554,55</b>	<b>33.604,76</b>	<b>20.600,00</b>	<b>13.004,76</b>	
<b>Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
21 Veräußerung von Sachvermögen	350,00	877,00	10.000,00	-9.123,00	
22 Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
23 Sonstige Investitionstätigkeit (AG-Darlehen)	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>24 Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>	<b>350,00</b>	<b>877,00</b>	<b>10.000,00</b>	<b>-9.123,00</b>	
<b>Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
26 Baumaßnahmen	19.602,44	0,00	0,00	0,00	
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.009,79	9.529,21	58.000,00	-48.470,79	
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>31 Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>	<b>35.612,23</b>	<b>9.529,21</b>	<b>58.000,00</b>	<b>-48.470,79</b>	
<b>32 Saldo aus Investitionstätigkeit</b> (Summe Einzahlungen abzgl. Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	<b>-35.262,23</b>	<b>-8.652,21</b>	<b>-48.000,00</b>	<b>39.347,79</b>	
<b>33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b> (Summen Zeile 18 und 32)	<b>49.292,32</b>	<b>24.952,55</b>	<b>-27.400,00</b>	<b>52.352,55</b>	
<b>Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>					
34 Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
35 Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	30.166,64	24.140,66	29.800,00	-5.659,34	
<b>36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b> (Saldo aus Zeile 34 und 35)	<b>-30.166,64</b>	<b>-24.140,66</b>	<b>-29.800,00</b>	<b>5.659,34</b>	
<b>37 Finanzmittelbestand</b> (Saldo aus Zeile 33 und 36)	<b>19.125,68</b>	<b>811,89</b>	<b>-57.200,00</b>	<b>58.011,89</b>	
38 haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	
39 haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>40 Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b> (Zeile 38 und Zeile 39)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	
<b>41 +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres</b>	<b>60.977,94</b>	<b>80.103,62</b>			
<b>42 = Endbestand an Zahlungsmitteln (liquide Mittel) am Ende des Jahres</b> (Summe aus Zeilen 37,40 und 41)	<b>80.103,62</b>	<b>80.915,51</b>			

**Bilanz zum 31.12.2012**  
**Kommunale Dienste Elbtalaue**

Aktiva	2011 -Euro-	2012 -Euro-	Passiva	2011 -Euro-	2012 -Euro-
<b>1 Immaterielles Vermögen</b>	<b>1,50</b>	<b>1,50</b>	<b>1 Nettoposition</b>	<b>817.137,94</b>	<b>833.418,05</b>
1.1 Lizenzen	1,50	1,50	1.1 Basis-Reinvermögen		
			1.1.1 Reinvermögen	708.609,14	708.609,14
<b>2 Sachvermögen</b>	<b>1.150.921,73</b>	<b>1.071.587,47</b>	1.2 Rücklagen		
2.1 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	557.823,78	543.230,78	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Erg.	64.658,31	57.666,80
2.2 Infrastrukturvermögen	253.361,39	246.327,39	1.3 Jahresergebnis		
2.3 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	294.478,50	240.033,50	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren		
2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.720,27	24.458,01	1.3.2 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 6.991,51	14.074,26
2.5 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	17.537,79	17.537,79	1.4 Sonderposten		
			1.4.1 Zuwendungen u. Umlagen für Vermögensgegenstände	4.005,00	3.727,00
			1.4.2 Gebührenaussgleich	46.857,00	49.340,85
<b>3 Finanzvermögen</b>	<b>202.038,06</b>	<b>253.136,18</b>	<b>2 Schulden</b>	<b>535.897,46</b>	<b>509.429,36</b>
3.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen	74.391,44	37.136,07	2.1 Geldschulden		
3.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen	78.500,03	99.823,86	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	468.055,50	443.914,84
3.3 Sonstige Vermögensgegenstände	49.146,59	116.176,25	2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.886,10	57.404,67
<b>4 Liquide Mittel</b>	<b>80.103,62</b>	<b>80.915,51</b>	2.3 Sonstige Verbindlichkeiten		
<b>5 Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>3.622,49</b>	<b>3.942,30</b>	2.3.1 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	4.785,05	5.845,43
			2.3.2 Sonstige durchlaufende Posten	-	476,09
			2.3.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten	170,81	1.788,33
			<b>3 Rückstellungen</b>	<b>83.652,00</b>	<b>66.735,55</b>
			3.1 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnl. Maßnahmen	29.799,00	13.145,00
			3.2 Andere Rückstellungen	53.853,00	53.590,55
			<b>4 Passive Rechnungsabgrenzung</b>		
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b>1.436.687,40</b>	<b>1.409.582,96</b>	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b>1.436.687,40</b>	<b>1.409.582,96</b>

Dannenberg, den

---

 Klafak, Betriebsleiter

## **Kommunale Dienste Elbtalaue**

### **Anhang zum Jahresabschluss 2012**

#### **I. Allgemeine Angaben**

Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue ist gemäß Beschluss des Rates der Samtgemeinde Elbtalaue vom 22.11.2006 aus der Zusammenführung der Eigenbetriebe „Kommunale Dienste“ der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) und „Betriebshof“ der ehemaligen Samtgemeinde Dannenberg (Elbe) zum 1.1.2007 entstanden. Die Samtgemeinde Elbtalaue ist Rechtsnachfolgerin der Samtgemeinden Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe).

Gleichzeitig mit dem Zusammenschluss der beiden Eigenbetriebe wurde das Vermögen der Friedhöfe der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) zum 1.1.2007 in den neuen Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue eingelegt.

#### **II. Angaben zu Form und Darstellung des Jahresabschlusses**

Für die Haushaltswirtschaft des Eigenbetriebes gelten gemäß § 140 NKomVG die §§ 110 bis 129 NKomVG.

Die Gliederung der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz sowie der Anlagen zum Anhang (Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht) erfolgte nach den im RdErl. des MI Nds. v. 4.12.2006 erlassenen Mustern.

#### **III. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz**

##### **1. Posten der Ergebnisrechnung**

###### Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Hier ist ein Zuschuss des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales und Jugend für die Einrichtung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes enthalten (1 T€).

###### Auflösungserträge aus Sonderposten

Der Posten enthält den Herabsetzungsbetrag des Sonderpostens für Investitionszuweisungen (€ 278,00).

###### Öffentlich-rechtliche Entgelte

Es handelt sich i. W. mit T€ 182 um Friedhofsgebühren und mit T€ 64 um Straßenreinigungsgebühren, denen entsprechende Satzungen zugrunde liegen.

###### Privatrechtliche Entgelte

Hier werden i. W. die Entgelte für den Personaleinsatz (T€ 1.004), den Fahrzeug- und Geräteeinsatz (T€ 182) sowie Friedhofsumsätze (T€ 83) gezeigt. Der Stundenverrechnungssatz für das eingesetzte Personal belief sich wie im Vorjahr auf 33,00 €.

Mit einem Wert von T€ 1.271 überstiegen die privatrechtlichen Entgelte den Planansatz von T€ 1.211 um T€ 60.

### Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Ausgewiesen werden der 25%ige Anteil der Stadt Dannenberg (Elbe) an der Straßenreinigung (T€ 20), Personalkostenerstattungen insbesondere für Hausmeistertätigkeiten an Grundschulen (56 T€) sowie der Kriegsgräberzuschuss des niedersächsischen Innenministeriums (T€ 8).

Mit einem Wert von T€ 84 liegen die Kostenerstattungen und –umlagen um T€ 26 unter dem Planansatz.

#### Aufwendungen für aktives Personal

	T€
Löhne und Gehälter	949
Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil)	192
VBL-Beiträge	76
Beamtenvergütungen	50
Entnahme aus den Personal-Rückstellungen	-20
Übriges	<u>1</u>
	<u>1.248</u>

Gegenüber dem Planansatz von T€ 1.179 waren T€ 69 Mehraufwand zu verzeichnen. Dies be- ruht insbesondere auf der Beschäftigung zusätzlicher Aushilfen.

#### Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	T€
Haltung von Fahrzeugen und Geräten	106
Kraftstoffe	60
Unterhaltung der Immobilien	25
Strom, Gas, Wasser	15
Kostenerstattungen anderer Samtgemeinden	14
Materialien	10
Deponie- und Entsorgungskosten	10
Versicherungen	7
Dienst- und Schutzkleidung	4
Geräte und Ersatzteile	3
Anmietung von Geräten	1
Übriges	<u>17</u>
	<u>272</u>

Im Haushaltsplan waren für Sach- und Dienstleistungen T€ 260 vorgesehen, so dass eine Überschreitung von T€ 12 vorliegt.

### Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten ganz überwiegend Darlehnszinsen gegen- über der Samtgemeinde (T€ 20).

#### Sonstige ordentliche Aufwendungen

	T€
Rechnungsprüfung	6
Fernmeldeaufwand	4
EDV	3
Übriges	<u>9</u>
	<u>22</u>

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

	T€
<i>Erträge</i>	
Schadensersatz	2
Anlagenabgangserlöse	1
Periodenfremde Erträge	<u>62</u>
	<u>65</u>
<i>Aufwendungen</i>	
Geleisteter Schadensersatz	2
Periodenfremde Aufwendungen	<u>0</u>
	<u>2</u>
	<u>63</u>

**2. Posten der Finanzrechnung**

Die Finanzrechnung gibt Informationen über die Zahlungsströme sowie die Zahlungsmittelbestände des Eigenbetriebes und über die Frage, wie der Eigenbetrieb finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche zahlungswirksamen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Die Finanzrechnung wird in drei Stufen differenziert:

- Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit

Zusammen mit dem Finanzmittelbestand am Anfang der Periode werden die Finanzmittelflüsse zum Finanzmittelbestand am Ende der Periode summiert. Der Finanzmittelbestand wurde dabei als sogenannter Nettofonds definiert und beinhaltet alle für das Cash-Management relevanten Bilanzbestandteile. Hierfür werden die Zahlungsmittel (Kasse und Bankguthaben) gekürzt um kurzfristige Bankverbindlichkeiten (Überziehungskredit) und sonstige kurzfristige und dem Liquiditätsbereich zuzuordnende Verbindlichkeiten (z. B. Verbindlichkeiten aus Scheckausgängen).

Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalau hatte zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2012 einen Finanzmittelbestand von T€ 80. Die Summe der Finanzmittelflüsse und damit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes beträgt T€ + 1. Hierdurch erhöhte sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2012 auf T€ 81.

### 3. Posten der Bilanz

#### Immaterielles und Sachvermögen

Die Entwicklung des Sachvermögens (zu Buchwerten):

	31.12.2011	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	31.12.2012
	€	€	€	€	€
Bebaute Grundstücke	557.823,78	0,00	0,00	-14.593,00	543.230,78
Infrastrukturvermögen (Friedhöfe)	253.361,39	0,00	0,00	-7.034,00	246.327,39
Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	294.478,50	5.214,00	-6,00	-59.653,00	240.033,50
Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG)	27.720,27	4.628,21	-3,00	-7.887,47	24.458,01
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	17.537,79	0,00	0,00	0,00	17.537,79
	1.150.921,73	9.842,21	-9,00	-89.167,47	1.071.587,47
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<b>1.150.921,73</b>	<b>9.842,21</b>	<b>-9,00</b>	<b>-89.167,47</b>	<b>1.071.587,47</b>

Als Zugänge sind folgende Vermögensgegenstände zu verzeichnen:

Zugänge	€	€
<i>Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge</i>		
Aufsitzmäher	4.500,00	
Bauwagen, gebraucht	<u>714,00</u>	5.214,00
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG)</i>		
zwei Blasgeräte	1.428,10	
Hochentaster	783,32	
Motorsäge	740,00	
Heckenschere	550,00	
Motorsäge	483,00	
Bandschleifer	364,14	
Akku-Schlagbohrschrauber	<u>279,65</u>	4.628,21
		<b>9.842,21</b>

#### Finanzvermögen, Liquide Mittel

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen betreffen den hoheitlichen Friedhofs- und den Straßenreinigungsbereich.

Die privatrechtlichen Forderungen beinhalten im Wesentlichen Leistungsforderungen gegenüber der Samtgemeinde und ihren Mitgliedsgemeinden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen i. W. den Verlustausgleich des Friedhofbereiches für Vorjahre von der Samtgemeinde Elbtalau (T€ 61), den Verlustausgleich 2006 für den ehemaligen Eigenbetrieb „Betriebshof“ der Samtgemeinde Dannenberg (T€ 31) und den Allgemeinkostenanteil der Samtgemeinde Elbtalau an der Straßenreinigung 2011 (T€ 20).

#### Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten beinhaltet vorausgezählte Beamtenbesoldungen.

### Nettoposition

Das Basis-Reinvermögen blieb unverändert.

Gemäß Beschluß des Rates wurde der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2011 den Rücklagen entnommen.

Der Sonderposten für Investitionszuweisungen und –zuschüsse beinhaltet einen Versicherungszuschuß für den Einbau einer Einbruchmeldeanlage im Bauhof „Am Dömitzer Damm“.

Beim Sonderposten für Gebührenaussgleich handelt es sich um die Gebührenüberdeckung der Straßenreinigung zum 31.12.2012.

### Schulden

Die Investitionskredite bestehen gegenüber der Samtgemeinde.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen mit T€ 53 die Samtgemeinde und mit T€ 4 andere Lieferanten.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind überwiegend noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuern enthalten.

### Rückstellungen

Die Rückstellungen enthalten Beträge für Urlaubsansprüche, die den Arbeitnehmern im Folgejahr noch zu gewähren sind, Zeitguthaben aus dem Winterdienstesinsatz und der flexiblen Arbeitszeitregelung sowie Kosten für die Jahresabschlusserstellung und -prüfung.

## **IV. Besondere Angaben**

### **1. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

#### Immaterielles und Sachvermögen

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die vom Eigenbetrieb Dannenberg stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit den historischen Anschaffungskosten und den kumulierten Abschreibungen übernommen worden. Die vom Eigenbetrieb Hitzacker stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit dem Buchrestwert übernommen worden.

Die planmäßige Abschreibung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß § 47 Abs. 1 GemHKVO linear. Die Nutzungsdauern orientieren sich an den im RdErl. MI Nds. v. 4.12.2006 vorgegebenen Werten bzw. an den steuerlichen AfA-Tabellen.

#### Finanzvermögen, Liquide Mittel

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

#### Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

### Nettoposition

Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

#### Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschußten Anlage über 18 Jahre aufgelöst.

### Schulden

Die Geldschulden und Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

### Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe des Betrages passiviert, der zur Erfüllung der Leistungspflichten notwendig ist.

### **2. Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Es wurde nicht von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden abgewichen.

### **3. Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen**

Siehe Ausführungen in Abschnitt III. 1.

### **4. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte**

Es wurden keine Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte einbezogen.

### **5. Haftungsverhältnisse**

Es wurden keine Bürgschaften oder ähnliches gewährt.

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4.11.1966 i.d.F. vom 9.10.1998 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gem. Art. 28 EGHGB.

### **6. Sachverhalte aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können**

Sachverhalte bzw. Verträge mit wesentlichen finanziellen Verpflichtungen bestehen nicht.

### **7. Noch nicht abgedeckte Fehlbeträge**

Liegen nicht vor.

### **V. Ergänzende Angaben**

Unter der Bilanz sind gemäß § 54 GemHKVO die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahr zu vermerken, soweit sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Dies sind insbesondere Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr gestundete Beträge. Statt unter der Bilanz werden diese Angaben hier gemacht. Entsprechende Belastungen liegen am Bilanzstichtag nicht vor.

Dannenberg (Elbe), den 5. April 2013  
gez. Klafak

## **Kommunale Dienste Elbtalaue**

### **Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2012**

#### **I. Allgemeine Angaben**

##### **1. Grundlagen des Rechenschaftsberichtes**

Im Rechenschaftsbericht soll nach der neuen Gemeindehaushaltskassenverordnung (GemHK-VO) dargestellt werden:

- der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage, sodass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; hierzu ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen;
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
- zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung;

##### **2. Aufgaben des Eigenbetriebes**

Der Eigenbetrieb erledigt gemäß der Betriebssatzung für die Samtgemeinde Elbtalaue, die Städte Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) und der acht Mitgliedsgemeinden die Aufgaben der Straßenkontrollen, der Straßenunterhaltung und Pflege der Seitenräume, den Winterdienst, die Straßenreinigung, die Pflege und Unterhaltung der Spielplätze, der Grün- und Parkanlagen sowie die Verwaltung der kommunalen Friedhöfe der Samtgemeinde Elbtalaue.

In den Städten Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) werden jeweils Betriebshöfe mit Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und Gebäuden unterhalten.

Der Eigenbetrieb beschäftigt derzeit für die Unterhaltungs- und Pflegearbeiten 21 festangestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Arbeitsspitzen für die Pflege der Grünanlagen während der Sommersaison wurden wie in den vergangenen Jahren durch die Einstellung von Personal mit Zeitverträgen überbrückt.

Die Arbeitszeit wird durch die Dienstanweisung über die flexible Arbeitszeit geregelt. Die arbeitsvertraglich vereinbarte Arbeitszeit wird als Sommerarbeitszeit (1. März bis 31. Oktober) und Winterarbeitszeit (1. November bis 28. Februar) angegeben und ist innerhalb der vorgegebenen Rahmenzeit zu erbringen

Die Verwaltungsaufgaben werden erledigt von:

- Betriebsleitung: eine Stelle
- Sachbearbeitung Friedhofswesen und Straßenreinigung sowie allgemeine Verwaltungstätigkeiten: eine Stelle
- Jahresabschlussarbeiten, Stammdatenpflege und Anlagenbuchhaltung: 25% Stellenanteil (9,75 Std./wöchentlich)
- Ressourcenbuchhaltung, Kontierung der Rechnungen, Mahnwesen: 64,10% Stellenanteil (25 Std./wöchentlich).

Die Personalverwaltung wird durch die Samtgemeinde Elbtalaue abgewickelt.

Die Kontoführung für die Konten des Eigenbetriebes bei der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg erfolgt elektronisch.

Die Aufgaben der kostenrechnenden Einrichtungen, der maschinellen Straßenreinigung und des Bestattungswesens, wurden dem Eigenbetrieb übertragen. Hierzu gehören auch die Gebührenkalkulation und das Satzungsrecht.

Die Arbeiten des Eigenbetriebes werden zu 95 Prozent über Daueraufträge einmal im Monat abgerechnet. Den Umfang der Arbeiten legen die jeweiligen Fachbereiche fest.

Alle übrigen Aufträge werden durch Einzelaufträge erledigt und abgerechnet.

Auch im Jahr 2012 hatte der Eigenbetrieb wie in den vergangenen Jahren wieder einen sehr hohen Krankenstand zu verkräften. Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter/Innen des Eigenbetriebes liegt bei über 55 Jahren.

#### **a) Fuhrpark**

Die betriebseigene Werkstatt betreut soweit wie möglich sämtliche Fahrzeuge, Maschinen und Geräte des Eigenbetriebes und führt Kleinst- und Notreparaturen durch. Der Aufwand der Reparaturen wird den jeweiligen Fahrzeugen direkt zugeordnet. Um die Stundensätze und Beiträge stabil zu halten ist es aber auch erforderlich, den Maschinenpark ständig zu verbessern. Ohne umfangreiche Investitionen ist dies nicht möglich.

Im Jahr 2012 wurde neben der Ersatzbeschaffung von diversen Kleingeräten ein Aufsitzrasenmäher beschafft.

In den Friedhofskapellen in Groß Gusborn und Lüggau wurden umfangreiche Malerarbeiten durchgeführt. Die Zaunanlage des Friedhofes Wietetze wurde teilweise erneuert.

Dem Eigenbetrieb stehen folgende Fahrzeuge und Arbeitsgeräte zur Verfügung:

- 2 Unimogs
- 1 Schlepper mit Frontlader (122 PS)
- 2 Kleinschlepper
- 1 Radlader
- 1 LWK mit Ladekran (12 to.)
- 1 Multicar
- 5 Pritschenwagen / Klein LKW
- 1 Straßenkehrmaschine
- 1 Friedhofsbagger
- 1 Hubarbeitsbühne
- 1 Winterdienststreuwagen
- 4 PKW
- 6 Anhänger
- 2 Aufsitzmäher
- 1 Anbauhackschnitzler
- 1 Anbauschlegelmäher
- Div. Kleingeräte (z.B. Motorsägen, Motorsensen, Rasenmäher, Schweißgerät, Heckscheren, Freischneider, Schlaghammer usw.)

## **b) Straßen- und Wirtschaftswege**

Zu diesem Aufgabenfeld gehören die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze sowie die sonstigen Verkehrsflächen, das Straßenbegleitgrün, die Verkehrseinrichtungen und die Straßenentwässerungsgräben.

Seit 2011 werden die Gemeindeverbindungsstraßen der Samtgemeinde Elbtalaue, sowie die Straßen, Wege und Plätze der Städte Dannenberg (Elbe), Hitzacker (Elbe) und deren Ortsteile in regelmäßigen Zeitabständen auf Schäden und Mängel kontrolliert.

Der Umfang der Kontrollen ist in einer Dienstanweisung geregelt.

Im Rahmen der Unterhaltungsarbeiten wurden die Banketten mit Mähkombinationen gemäht, kleinere Fahrbahnreparaturen durch die Splittkolonne durchgeführt und die Pflege der straßenbegleitenden Bäume und das Freischneiden des Bewuchses (Lichtraumprofil) im Zusammenhang mit der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen.

Die Verkehrsbehördlichen Anordnungen für Beschilderungs- und Absperrmaßnahmen wurden im Rahmen der Auftragserledigung ebenfalls umgesetzt.

Von den Mitarbeiter/Innen wurden nach Bedarf unterhalten:

- 161 km Gemeindeverbindungsstraßen
- 109 km Gemeindestraßen (nur die Städte Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) mit ihren Ortsteilen)
- 203 km Wirtschaftswege
- 1.397.000 qm Seitenräume
- 44.000 qm Sichtflächen an 11 Bahnübergängen

## **c) Straßenreinigung und Winterdienst**

Die Straßenreinigung und der Winterdienst gehören zu den sogenannten Verkehrssicherungspflichten. Für die Straßen- und Gehwegesicherung gilt dies ganzjährig. Die Räum- und Streupflicht im Winter ist in der Straßenreinigungsverordnung bzw. der Straßenreinigungssatzung der Samtgemeinde Elbtalaue festgelegt.

Die eigene Kehrmaschine wurde überwiegend für enge und schmale Straßen, Wege, Plätze, Geh- und Ratwege, nach Festlichkeiten und Markttagen eingesetzt. Im Rahmen der maschinellen Straßenreinigung wurden die anderen Straßen durch das Fahrzeug des Eigenbetriebes der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) gereinigt. Der Umfang der maschinellen Straßenreinigung ist durch die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsverordnung der Samtgemeinde Elbtalaue geregelt. Die übrigen Bereiche sind auf die Grundstückseigentümer übertragen.

Zur Straßenreinigung gehört auch die Kontrolle und Leerung der Papierkörbe. Bei Bedarf wurde rund um die Abfallkörbe von Hand gekehrt und der Müll beseitigt.

## **d) Parkanlagen, Grünanlagen und Spielplätze**

Durch qualifiziertes Personal wurden in den Städten Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) und der Gemeinde Jameln insgesamt 29 Kinderspielplätze in den gesetzlich vorgeschriebenen regelmäßigen Sicht- und Funktionskontrollen überprüft.

Aufgetretene Beanstandungen wurden möglichst zeitnah behoben, sodass die Verkehrssicherheit auf den öffentlichen Spielplätzen gewährleistet werden konnte.

Neben der Kontrolle wurden auch die Spielplatzgrundstücke gärtnerisch unterhalten und gepflegt.

Die Gesamtfläche der 29 zu pflegenden Spielplätze beträgt insgesamt 49.011 qm.

Der Umfang zur Kontrolle der Verkehrssicherheit auf den Spielplätzen ist durch eine Dienstweisung geregelt.

In dem vorgegebenen Rhythmus wurden die öffentlichen Grünflächen gemäht und unterhalten. Die Anlagen und Pflanzkästen wurden zweimal jährlich bepflanzt und gärtnerisch gepflegt.

- 85 Pflanzkästen
- 25.000 qm bepflanzte Anlagen
- 285.000 qm Grünflächen

#### e) Friedhofs- und Bestattungswesen

Die Aufgaben der 17 kommunalen Friedhöfe der Samtgemeinde Elbtalaue wurden auf den Eigenbetrieb übertragen. Die Friedhofsanlagen wurden gärtnerisch gepflegt und unterhalten. Hierzu gehört auch die Unterhaltung der Friedhofskapellen und der sonstigen baulichen Anlagen und der Einfriedungen. Die erforderlichen Aufgaben für die Bestattungen wurden ebenfalls durch den Eigenbetrieb erledigt. Auf den kommunalen Friedhöfen der Samtgemeinde Elbtalaue werden jährlich ca. 130 Bestattungen durchgeführt. Hinzu kommen Trauerfeiern, Einebnungen von Grabstätten, Grabpflegearbeiten und diverse Verwaltungsaufgaben wie z.B. die Erteilung von Genehmigungen für die Errichtung von Grabmalen und die Verlängerung von Nutzungsrechten.

Die zu unterhaltende Gesamtfläche der Friedhöfe beträgt 121.828 qm. Auf den 17 Friedhöfen befinden sich insgesamt 15 Friedhofskapellen. Neben der Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe wurden auch eine Vielzahl von Ehrenmale und Kriegsgräber unterhalten und gepflegt.

## II. Verlauf der Haushaltswirtschaft und finanzwirtschaftliche Lage

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 wurde vom Rat der Samtgemeinde Elbtalaue in seiner Sitzung am 19.12.2011 beschlossen. Sie weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis und eine Kassenkreditemächtigung von 250.400 € aus. Für das Jahr 2012 wurde kein Nachtragshaushalt aufgestellt.

### 1. Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisrechnung weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von 14 T€ aus. Gegenüber dem Haushaltsplan 2012, der ein ausgeglichenes Ergebnis vorsah, ergibt sich eine Ist- zu Plan-Abweichung von + 14 T€.

#### Entwicklung der ordentlichen Erträge im Haushaltsjahr 2012

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** sind mit 252 T€ um 5 T€ niedriger als im Haushaltsansatz. Eine genaue Berechnung, in welchem Umfang die Umwandlung von Pflegegräber in Rasengräber und die damit verbundene Vorauszahlung der Friedhofsunterhaltungsgebühren erfolgt, kann nicht erfolgen.

Die **privatrechtlichen Entgelte** liegen um 60 T€ über dem Planungsansatz von 1.211 T€. Da die Saisonkräfte in jedem Jahr über einen vorher nicht genau festgelegten Zeitraum beschäftigt werden, ist eine genaue Planung nur schwer möglich.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** betragen 84 T€ und somit 26 T€ weniger als geplant. Ursache ist i. W. die geringere Personalgestellung für Hausmeistertätigkeiten an den Grundschulen.

### Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2012

Die **Aufwendungen für aktives Personal** liegen um 68 T€ über dem Planungsansatz von 1.179 T€. Da die Saisonkräfte länger beschäftigt wurden als ursprünglich geplant (siehe auch die Mehreinnahmen bei den privatrechtlichen Entgelten), haben sich die Personalkosten gegenüber dem Haushaltsansatz erhöht.

Im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** wurde der Planungsansatz von 260 T€ um 12 T€ überschritten. Durch die hohen und stark schwankenden Kraftstoffpreise war die Planung aufgrund des Rechnungsergebnisses des Vorjahres zu optimistisch. Daneben waren die Unterhaltungsaufwendungen für den Fuhrpark, für Geräte und die Immobilien höher als geplant.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** entsprechen mit 22 T€ dem Planungsansatz. Die Aufwendungen enthalten u.a. Aufwendungen für Rechnungsprüfung, Telekommunikation und EDV.

### Entwicklung des außerordentlichen Ergebnisses im Haushaltsjahr 2012

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 65 T€ beruhen i. W. auf einer Erstattung der Samtgemeinde Elbtalau für den Gebührenaussgleich des Bereiches Friedhofswesen. Saldiert um die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2 T€ ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von + 63 T€.

## 2. Vermögensentwicklung

Überblick über Bilanzkennzahlen:

Bilanz	31.12.2012		31.12.2011	
	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>				
Sachvermögen	1.072	76,0	1.151	80,1
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>1.072</b>	<b>76,0</b>	<b>1.151</b>	<b>80,1</b>
Kurzfristige Forderungen	257	18,2	206	14,3
Flüssige Mittel	81	5,7	80	5,6
	<b>1.410</b>	<b>99,9</b>	<b>1.437</b>	<b>100,0</b>
<b>Passiva</b>				
Nettoposition	833	59,1	817	56,9
Darlehen	444	31,5	468	32,6
<b>Langfristig verfügbare Mittel</b>	<b>1.277</b>	<b>90,6</b>	<b>1.285</b>	<b>89,4</b>
Rückstellungen	67	4,8	84	5,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	66	4,7	68	4,7
	<b>1.410</b>	<b>100,0</b>	<b>1.437</b>	<b>100,0</b>

Besonders hervorzuheben sind folgende Punkte:

- Das **Sachvermögen** verringerte sich bei Investitionen von 10 T€ und Abschreibungen von 89 T€ um 79 T€.
- Die **Darlehen** wurden mit 24 T€ getilgt.
- Die **Rückstellungen** gingen von 84 T€ auf 67 T€ zurück. Ursächlich waren verringerte Zuführungsbeträge für Überstunden, Urlaub und Altersteilzeit.

Eigenkapitalquote:

01.01.2007 (Eröffnungsbilanz)	47%
31.12.2007	51%
31.12.2008	57%
31.12.2009	55%
31.12.2010	53%
31.12.2011	57%
31.12.2012	59%

Anlagendeckung:

	Langfristig gebundenes Vermögen	Langfristige Mittel	Deckungsgrad
	T€	T€	%
01.01.2007 (Eröffnungsbilanz)	1.196	1.376	115%
31.12.2007	1.249	1.501	120%
31.12.2008	1.298	1.452	112%
31.12.2009	1.289	1.368	106%
31.12.2010	1.211	1.322	109%
31.12.2011	1.151	1.285	112%
31.12.2012	1.072	1.277	119%

**3. Finanzentwicklung**

Finanzrechnung	2012	2011
	T€	T€
<b>Anfangsbestand liquider Mittel am Jahresanfang</b>	<b>80</b>	<b>61</b>
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.623	1.659
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.589	-1.575
<b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+ 34</b>	<b>+ 84</b>
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1	1
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-10	-36
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 9</b>	<b>- 35</b>
Aufnahme von Krediten	0	0
Tilgung von Krediten	-24	-30
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-24</b>	<b>-30</b>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	0
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	0
<b>Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Flüssige Mittel am Jahresende</b>	<b>81</b>	<b>80</b>

Der **Bestand liquider Mittel** hat sich in 2012 um 1 T€ auf 81 T€ gegenüber dem Anfangsstand des Jahres (80 T€) erhöht. Diese Veränderung des Finanzmittelbestands ergibt sich dabei aus den nachfolgend dargestellten Finanzmittelflüssen.

Im **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** ergibt sich ein Mittelzufluss von 34 T€. Der Mittelzufluss resultiert im Wesentlichen aus dem erzielten Jahresergebnis von + 14 T€ unter Berücksichtigung eingegangener Entgeltforderungen aus dem Vorjahr.

Im **Saldo aus Investitionstätigkeit** fand ein Nettofinanzmittelabfluss in Höhe von 9 T€ statt. Die Auszahlungen für Investitionen liegen mit 10 T€ unter dem Planansatz des Haushaltsplanes in Höhe von 58 T€, da verschiedene Anschaffungen von Geräten und Fahrzeugen technisch noch nicht erforderlich waren. Durch den Verkauf von Vermögen in Höhe von 1 T€ konnte der Saldo des Nettofinanzmittelabflusses aus der Investitionstätigkeit auf 9 T€ reduziert werden.

Aufgrund des abermals geringen Investitionsvolumens mussten in 2012 keine neuen investiven Kreditaufnahmen getätigt werden. Aufgrund der laufenden Darlehnstilgung beträgt der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** - 24 T€.

**III. Wesentliche Vorgänge nach dem Schluss des Haushaltsjahres**

Nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2012 sind über die oben dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für den Eigenbetrieb von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes führen könnten.

#### **IV. Finanzwirtschaftliche Risiken von besonderer Bedeutung**

Für den Eigenbetrieb besteht ein begrenztes Umsatzrisiko, da zukünftige Umsatzerlöse im bestehenden Haushalt für 2013 geplant sind.

Die weiterhin angespannte Haushaltsslage der Samtgemeinde Elbtalaue und ihrer Mitgliedsgemeinden wird sich aber weiterhin sehr deutlich auf den Betrieb auswirken.

Mögliche Reaktionen auf Restriktionen in den Haushalten können auch Auswirkungen auf die Auftragsvergabe für den Eigenbetrieb bedeuten.

Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken für den Eigenbetrieb.

Dannenberg (Elbe), den 5.April 2013

gez. Klafak

Anlagenübersicht gemäß § 56 Abs. 1 GemHKVO

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Hhjahr	Abgänge im Hhjahr	Um-buchungen	Stand am 31.12. des Hhjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Ab-schreibungen im Hhjahr	Auf-lösungen	Zu-schreibungen im Hhjahr	Stand am 31.12. des Hhjahres	am 31.12. des Hhjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,50	0,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	1,50
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)												
2.1. Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	776.817,86	0,00	0,00	0,00	776.817,86	218.994,08	14.593,00	0,00	0,00	233.587,08	543.230,78	557.823,78
2.2. Infrastrukturvermögen	290.439,66	0,00	0,00	0,00	290.439,66	37.078,27	7.034,00	0,00	0,00	44.112,27	246.327,39	253.361,39
2.3. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	969.076,97	5.214,00	6.597,26	0,00	967.693,71	674.598,47	59.653,00	6.591,26	0,00	727.660,21	240.033,50	294.478,50
2.4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	70.103,96	4.628,21	9.467,43	0,00	65.264,74	42.383,69	7.887,47	9.464,43	0,00	40.806,73	24.458,01	27.720,27
2.5 Anlagen im Bau	<u>17.537,79</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>17.537,79</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>17.537,79</u>	<u>17.537,79</u>
	2.123.976,24	9.842,21	16.064,69	0,00	2.117.753,76	973.054,51	89.167,47	16.055,69	0,00	1.046.166,29	1.071.587,47	1.150.921,73
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
insgesamt	2.123.977,74	9.842,21	16.064,69	0,00	2.117.755,26	973.054,51	89.167,47	16.055,69	0,00	1.046.166,29	1.071.588,97	1.150.923,23

## Schuldenübersicht

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushalts- jahres	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	443.914,84	37.850,68	165.453,72	240.610,44	468.055,50	-24.140,66
1.2 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	57.404,67	57.404,67	0,00	0,00	62.886,10	-5.481,43
3. Sonstige Verbindlichkeiten						
3.1. Durchlaufende Posten						
3.1.1 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	5.845,43	5.845,43	0,00	0,00	4.785,05	1.060,38
3.1.2 Sonstige durchlaufende Posten	476,09	476,09	0,00	0,00	0,00	476,09
3.2 Andere sonstige Verbindlichkeiten	1.788,33	1.788,33	0,00	0,00	170,81	1.617,52
<b>Schulden insgesamt</b>	<b>509.429,36</b>	<b>103.365,20</b>	<b>165.453,72</b>	<b>240.610,44</b>	<b>535.897,46</b>	<b>-26.468,10</b>

### Forderungsübersicht

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushalts- jahres	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres	Mehr (+)/ weniger (-)
	-Euro-	bis zu 1 Jahr -Euro-	über 1 bis 5 Jahre -Euro-	mehr als 5 Jahre -Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	37.136,07	37.136,07	0,00	0,00	74.391,44	-37.255,37
2. Sonstige privatrechtliche Forderungen	99.823,86	99.823,86	0,00	0,00	78.500,03	21.323,83
3. Sonstige Vermögensgegenstände	116.176,25	116.176,25	0,00	0,00	49.146,59	67.029,66
<b>Summe aller Forderungen</b>	<b>253.136,18</b>	<b>253.136,18</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>202.038,06</b>	<b>51.098,12</b>

## Rechtliche Verhältnisse

<b>Name</b>	Kommunale Dienste Elbtalaue
<b>Sitz</b>	Dannenberg (Elbe)
<b>Rechtsform</b>	Eigenbetrieb der Samtgemeinde Elbtalaue
<b>Gründung</b>	Der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue hat in seiner Sitzung am 21. Dezember 2006 beschlossen, die Eigenbetriebe „Kommunale Dienste“ der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) und „Betriebshof“ der ehemaligen Samtgemeinde Dannenberg (Elbe) zum 1. Januar 2007 zum Eigenbetrieb „Kommunale Dienste Elbtalaue“ zusammenzuschließen.
<b>Betriebssatzung</b>	Zum 1. Januar 2012 wurde eine überarbeitete Betriebssatzung beschlossen. Die Änderungen betreffen Anpassungen an die überarbeitete Eigenbetriebsverordnung i.d.F. vom 27.1.2011 (Umbenennung von Werksausschuss und Werksleitung in Betriebsausschuss und Betriebsleitung sowie die Bestimmung über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen auf der Grundlage der Vorschriften des NKomVG).
<b>Reinvermögen</b>	708.609,14 €
<b>Geschäftstätigkeit</b>	Gegenstand des Betriebes sind gemäß der Betriebssatzung insbesondere die folgenden Aufgaben: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Straßenunterhaltung</li> <li>• Winterdienst</li> <li>• Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen</li> <li>• Papierkorbentleerung</li> <li>• Reinigung der Straßeneinläufe</li> <li>• Pflege und Unterhaltung von Sportstätten, Spielplätzen, Grün- und Parkanlagen und touristischen Einrichtungen</li> <li>• Ausführung der Verkehrssicherung für Straßen, Wege, Plätze</li> <li>• Handwerkertätigkeiten (Schlosserei, Tischlerei, Kfz-Werkstatt) für die Samtgemeinde, deren Mitgliedsgemeinden und den Eigenbedarf</li> <li>• Verwaltung und Unterhaltung der kommunalen Friedhöfe</li> <li>• Sonstige Dienstleistungen</li> </ul>
<b>Wirtschaftsjahr</b>	1. Januar bis 31. Dezember des Jahres

<b>Organe des Betriebes</b>	Betriebsleitung und Betriebsausschuss
<b>Vorjahresabschluss</b>	Der Jahresabschluss 2011 wurde am 20.12.2012 vom Rat der Samtgemeinde Elbtalaue festgestellt. Der Fehlbetrag wird aus der Rücklage gedeckt. Der Betriebsleitung wurde Entlastung erteilt.
<b>Personal</b>	Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter unterliegen dem Tarifrecht des TVÖD. Es besteht eine flexible Arbeitszeitregelung, wonach in den Sommermonaten Arbeitsstunden angesammelt und im Winter wieder abgebaut werden können.
<b>Gebührensatzungen</b>	Die Verabschiedung der Gebührensatzungen in den Bereichen Straßenreinigung und Friedhöfe obliegt dem Rat der Samtgemeinde.  Die Straßenreinigungsgebühr beträgt seit dem 1.1.2011 1,20 € je Straßenfrontmeter.
<b>Wesentliche Verträge</b>	Mit der Firma Daniel Hanke Zimmerei Holzbau GmbH besteht seit dem 1.1.2012 eine Nutzungsvereinbarung über eine Fläche zur Lagerung von Grüngut.  Personalgestellungsvertrag mit der Samtgemeinde Elbtalaue über die Gestellung eines Hausmeisters für die Grundschule Dannenberg.  Vereinbarung mit den Städten Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) über die Reinigung der Altglascontainerstellplätze.
<b>Steuerliche Verhältnisse</b>	Der Eigenbetrieb ist hoheitlich tätig und unterliegt daher nicht der Besteuerung. Vorsteuern sind infolge fehlender Unternehmereigenschaft nicht abziehbar.

## Erläuterungen zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses 2012

### A. Ergebnisrechnung

#### I. Ordentliche Erträge

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Zuschuss Land Niedersachsen	0,00	1.193,00		
	<b>0,00</b>	<b>1.193,00</b>	<b>0,00</b>	<b>+ 1.193,00</b>

1. Es handelt sich um einen Zuschuss des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie für einen behindertengerechten Arbeitsplatz.

Auflösungserträge aus Sonderposten	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Auflösung des Sonderpostens für Gebührenaussgleich (Straßenreinigung)	60,98	0,00		
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	277,00	278,00		
	<b>337,98</b>	<b>278,00</b>	<b>0,00</b>	<b>+ 278,00</b>

2. Gemäß Muster 11 des RdErl. d. MI v. 4.12.2006 werden die Auflösungserträge in einem gesonderten Posten gezeigt.

Öffentlich-rechtliche Entgelte	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Friedhofsgebühren	180.835,50	181.836,15		
Straßenreinigungsgebühren	63.255,98	64.244,96		
Verwaltungsgebühren	4.917,00	5.302,00		
Mahngebühren, Säumniszuschläge	122,42	442,40		
	<b>249.130,90</b>	<b>251.825,51</b>	<b>256.800,00</b>	<b>- 4.974,49</b>

3. Es handelt sich um Friedhofsgebühren und Straßenreinigungsgebühren, denen entsprechende Satzungen der Samtgemeinde zugrunde liegen. Die Straßenreinigungsgebühr beträgt seit dem 1.1.2011 1,20 € je Straßenfrontmeter.

<b>Privatrechtliche Entgelte</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
Personaleinsatz	931.443,03	1.004.134,11		
Fahrzeug- und Geräteeinsatz	172.781,61	182.373,87		
Friedhof	84.044,39	83.147,81		
Sonstiges	2.144,77	1.370,68		
	<b>1.190.413,80</b>	<b>1.271.026,47</b>	<b>1.210.600,00</b>	<b>+ 60.426,47</b>

4. Der Stundenverrechnungssatz für das eingesetzte Personal belief sich wie im Vorjahr auf 33,00 €. Für das eingesetzte Gerät sind unterschiedliche Kostensätze festgelegt.

<b>Kostenerstattungen und Kostenumlagen</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
25%-Anteil der Stadt Dannenberg an der Straßenreinigung	16.296,73	20.293,07		
Personalkostenerstattungen	103.783,30	55.505,67		
Zuschuss zur Pflege der Kriegsgräber	8.016,04	8.016,04		
	<b>128.096,07</b>	<b>83.814,78</b>	<b>109.500,00</b>	<b>- 25.685,22</b>

5. Die Personalkostenerstattungen betreffen Reinigungsleistungen an Containerplätzen, Hausmeistertätigkeiten an der Grundschule Dannenberg sowie Beschäftigungszuschüsse. Im Vorjahr waren auch Erstattungen für Hausmeistertätigkeiten an den Grundschulen Breselenz und Prisser vereinnahmt worden.
6. Der Zuschuss zur Pflege der Kriegsgräber wird vom niedersächsischen Innenministerium gewährt.

<b>Zinsen und ähnliche Finanzerträge</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
	<b>308,46</b>	<b>231,81</b>	<b>100,00</b>	<b>+ 131,81</b>

7. Es handelt sich im Wesentlichen um die Zinserträge des Geldmarktkontos bei der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg.

## II. Ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für aktives Personal	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Löhne und Gehälter	926.504,81	948.463,98		
Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil)	189.177,63	191.652,50		
VBL-Beiträge	68.855,49	76.378,37		
Beamtenvergütungen	47.894,88	49.820,19		
Veränderung der Personal-Rückstellungen	-85.625,81	-19.695,22		
Versorgungsrücklage	20.337,69	0,00		
Übriges	4.969,09	1.201,67		
	<b>1.172.113,78</b>	<b>1.247.821,49</b>	<b>1.179.400,00</b>	<b>+ 68.421,49</b>

8. Die Personalabrechnung wird durch die Samtgemeinde Elbtalaue vorgenommen.
9. Die tarifliche Entgelterhöhung gemäß TVöD belief sich zum 1.3.2012 auf 3,5 %.
10. Während der Pflegeperiode wurde eine zusätzliche Kolonne für die Pflege der Grünanlagen gebildet (drei Personen).
11. Die Versorgungsrücklage wurde im Wirtschaftsjahr 2012 nicht mehr dotiert.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Haltung von Fahrzeugen und Geräten	101.829,52	105.948,98		
Kraftstoffe	57.436,06	60.077,95		
Unterhaltung der Immobilien	20.708,01	24.921,87		
Strom, Gas, Wasser	17.599,74	14.984,94		
Kostenerstattungen Landkreis u.a.	16.360,00	14.373,70		
Materialien	11.519,73	10.338,51		
Versicherungen	7.121,57	7.344,42		
Dienst- und Schutzkleidung	5.096,52	4.339,49		
Deponie- und Entsorgungskosten	4.543,90	9.525,79		
Geräte und Ersatzteile	2.137,90	3.229,13		
Anmietung von Geräten	1.004,31	465,73		
Übriges	18.035,41	16.717,30		
	<b>263.392,67</b>	<b>272.267,81</b>	<b>260.000,00</b>	<b>+ 12.267,81</b>

12. Bei den Deponie- und Entsorgungskosten entstanden einmalig Kosten für die Auflösung des Grüngutentsorgungsplatzes des Friedhofes Lüggau.
13. Die Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen und Geräten sowie für die Unterhaltung der Immobilien sind auch von den erforderlichen Reparaturmaßnahmen beeinflusst.

<b>Abschreibungen</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
Abschreibungen	94.633,32	92.618,64		
	<b>94.633,32</b>	<b>92.618,64</b>	<b>94.700,00</b>	<b>- 2.081,36</b>

14. Von den Abschreibungen entfallen 3.451,17 € auf ausgebuchte Forderungen.

<b>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
Darlehnszinsen	21.337,06	20.001,65		
Zinsen für Kontokorrentkredite	5,37	7,04		
	<b>21.342,43</b>	<b>20.008,69</b>	<b>20.500,00</b>	<b>- 491,31</b>

15. Die Darlehnszinsen betreffen die Darlehen gegenüber der Samtgemeinde Elbtalaue.

<b>Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
Rechnungsprüfung	6.000,00	6.000,00		
Gebührengutachten Friedhofswesen	4.760,00	0,00		
EDV	3.747,38	3.405,47		
Fernmeldeaufwand	3.638,61	4.013,29		
Gebühren und Entgelte	1.235,77	774,38		
Büromaterial	352,94	196,51		
Übriges	6.538,29	7.527,60		
	<b>26.272,99</b>	<b>21.917,25</b>	<b>22.400,00</b>	<b>- 482,75</b>

<b>Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenaussgleich</b>	<b>Ergebnis 2011</b>	<b>Ergebnis 2012</b>	<b>Ansatz Haushaltsplan</b>	<b>mehr (+) weniger (-)</b>
	€	€	€	€
Überschuss Straßenreinigung	0,00	2.483,85		
	<b>0,00</b>	<b>2.483,85</b>	<b>0,00</b>	<b>+ 2.483,85</b>

16. Gemäß dem Kontenrahmen des Nds. Landesamtes für Statistik wird der Abführungsbetrag in einem gesonderten Posten gezeigt.

### III. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
<b>Erträge</b>				
Erstattung der Samtgemeinde für den Gebührenaussgleich Friedhofswesen	0,00	61.310,40		
Schadensersatz	10.867,08	2.234,13		
Verkauf von Sachvermögen	349,00	1.185,00		
Sonstige periodenfremde Erträge	4.334,16	365,16		
Erstattung der VBL für 2009	0,00	0,00		
Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00		
	<b>15.550,24</b>	<b>65.094,69</b>		
<b>Aufwendungen</b>				
Geleisteter Schadensersatz	12.097,99	2.234,13		
Periodenfremde Aufwendungen	957,78	177,75		
Vermögensverkäufe	18,00	4,00		
Nachholung von Abschreibungen für Vorjahre	0,00	0,00		
Forderungsausbuchungen	0,00	0,00		
	<b>13.073,77</b>	<b>2.415,88</b>		
	<b>2.476,47</b>	<b>62.678,81</b>	<b>0,00</b>	<b>+ 62.678,81</b>

17. Die Erstattung der Samtgemeinde für den Gebührenaussgleich des Bereichs Friedhofswesen betrifft Überschüsse aus der früheren Gebührenergabekalkulation, bevor der Bereich Friedhofswesen in den Eigenbetrieb eingebracht wurde.

### IV. Jahresergebnis

Jahresergebnis	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
	-6.991,51	14.074,26	0,00	+ 14.074,26
	<b>-6.991,51</b>	<b>14.074,26</b>	<b>0,00</b>	<b>+ 14.074,26</b>

## B. Bilanz

### I. Aktiva

<b>Immaterielles Vermögen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>1,50</b>
	31.12.2011	€	1,50

18. Unter den immateriellen Vermögensgegenständen werden die vom Eigenbetrieb Hitzacker übernommenen EDV-Programme ausgewiesen; sie sind vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

<b>Sachvermögen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>1.071.587,47</b>
	31.12.2011	€	1.150.921,73

19. Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	31.12.2012
	€	€	€	€	€
Bebaute Grundstücke	557.823,78	0,00	0,00	-14.593,00	543.230,78
Infrastrukturvermögen (Friedhöfe)	253.361,39	0,00	0,00	-7.034,00	246.327,39
Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	294.478,50	5.214,00	-6,00	-59.653,00	240.033,50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.720,27	4.628,21	-3,00	-7.887,47	24.458,01
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	17.537,79	0,00	0,00	0,00	17.537,79
	<b>1.150.921,73</b>	<b>9.842,21</b>	<b>-9,00</b>	<b>-89.167,47</b>	<b>1.071.587,47</b>
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<b>1.150.921,73</b>	<b>9.842,21</b>	<b>-9,00</b>	<b>-89.167,47</b>	<b>1.071.587,47</b>

20. Die **Zugänge** zum Sachvermögen betreffen folgende Gegenstände:

<b>Zugänge</b>	€	€
<u>Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge</u>		
Aufsitzmäher	4.500,00	
Bauwagen, gebraucht	<u>714,00</u>	5.214,00
<u>Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG)</u>		
zwei Blasgeräte	1.428,10	
Hochentaster	783,32	
Motorsäge	740,00	
Heckenschere	550,00	
Motorsäge	483,00	
Bandschleifer	364,14	
Akku-Schlagbohrschrauber	<u>279,65</u>	4.628,21
		<b>9.842,21</b>

21. Als **Abgänge** werden folgende Gegenstände gezeigt:

<b>Abgänge</b>	<b>Anschaffungswert</b>	<b>Buchwert</b>	<b>Verkaufserlös</b>	<b>Gewinn / Verlust</b>
	€	€	€	€
<i>Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge</i>				
Rasentraktor	3.000,00	1,00	499,00	498,00
Citroen Berlingo	2.500,00	1,00	280,00	279,00
Motorsäge	593,93	1,00	159,00	158,00
Bauwagen	153,39	1,00	100,00	99,00
Hochentaster	129,94	1,00	149,00	148,00
Heckenschere	<u>220,00</u>	<u>1,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-1,00</u>
	<u>6.597,26</u>	<u>6,00</u>	<u>1.187,00</u>	<u>1.181,00</u>
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>				
Geringwertige Vermögensgegenstände 2008	7.013,52	0,00	0,00	0,00
Geringwertige Vermögensgegenstände 2006	1.680,69	2,00	0,00	-2,00
Geringwertige Vermögensgegenstände 2007	<u>773,22</u>	<u>1,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-1,00</u>
	<u>2.453,91</u>	<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-3,00</u>
	<b>9.051,17</b>	<b>9,00</b>	<b>1.187,00</b>	<b>1.178,00</b>

22. Die **Abschreibungen** erfolgen linear. Die Nutzungsdauern orientieren sich an den im RdErl. MI Nds. v. 4.12.2006 vorgegebenen Werten bzw. an den steuerlichen AfA-Tabellen.

23. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von 150 € bis 1.000 € werden seit 2008 entsprechend § 47 Abs. 2 GemHKVO in einen Sammelposten eingestellt und mit jährlich einem Fünftel abgeschrieben.

24. Die ursprünglich vom Eigenbetrieb Dannenberg stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit den historischen Anschaffungskosten und den kumulierten Abschreibungen erfasst. Die ursprünglich vom Eigenbetrieb Hitzacker stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit dem Buchrestwert erfasst. Die Gegenstände wurden nach den steuerlich vorgegebenen Nutzungsdauern abgeschrieben.

### Finanzvermögen

<b>Öffentlich-rechtliche Forderungen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>37.136,07</b>
	31.12.2011	€	74.391,44

25. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen betreffen den hoheitlichen Friedhofs- und den Straßenreinigungsbereich. Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen brauchten nicht gebildet zu werden.

<b>Sonstige privatrechtliche Forderungen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>99.823,86</b>
	31.12.2011	€	78.500,03

26. Die privatrechtlichen Forderungen betreffen den nicht hoheitlichen Bereich. Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen brauchten nicht gebildet zu werden.

<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>116.176,25</b>
	31.12.2011	€	49.146,59

27. Es handelt sich um folgende Ansprüche:

	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
	€	€
Verlustausgleich Friedhofsbereich für Vorjahre von der Samtgem.	61.310,40	0,00
Verlustausgleich 2006 Betriebshof Samtgemeinde Dannenberg	31.336,14	31.336,14
Allgemeinkostenanteil Straßenreinigung Samtgemeinde	20.293,07	16.296,73
Niedersächsisches Landesamt Erstattung außergew. Belastung	2.200,00	0,00
Sozialversicherungsabgaben	882,49	882,49
Lohnerstattung Samtgemeinde	154,15	0,00
Beschäftigungskostenzuschuss Agentur für Arbeit	0,00	631,23
	<b>116.176,25</b>	<b>49.146,59</b>

<b>Liquide Mittel</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>80.915,51</b>
	31.12.2011	€	80.103,62

28. Die flüssigen Mittel setzen sich aus dem Kassenbestand und den Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Die Bestände stimmten mit den Kassenbestandsaufnahmen bzw. den Kontoauszügen auf den Bilanzstichtag überein.

	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
	€	€
Kassenbestände	141,72	89,32
Bankguthaben	80.773,79	80.014,30
	<b>80.915,51</b>	<b>80.103,62</b>

<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>3.942,30</b>
	31.12.2011	€	3.622,49

29. Es handelt sich um vorausgezahlte Beamtenbesoldungen.

## II. Passiva

### Nettoposition

<b>Reinvermögen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>708.609,14</b>
	31.12.2011	€	708.609,14

30. Das Reinvermögen darf in zukünftigen Haushaltsjahren grundsätzlich nicht geändert werden, da es den Ausgangsmaßstab zur Beurteilung der Einhaltung der intergenerativen Gerechtigkeit bildet.

<b>Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>57.666,80</b>
	31.12.2011	€	64.658,31

31. Entsprechend § 24 GemHKVO wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses den Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses entnommen. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses wurde der Rücklage zugeführt.

<b>Jahresergebnis</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>+ 14.074,26</b>
	31.12.2011	€	- 6.991,51

32. Über das Jahresergebnis 2012 ist noch zu beschließen. Die Zusammensetzung:

	31.12.2012	31.12.2011
	€	€
Ordentliches Ergebnis	-48.604,55	-9.467,98
Außerordentliches Ergebnis	62.678,81	2.476,47
	<b>14.074,26</b>	<b>-6.991,51</b>

### Sonderposten

<b>Investitionszuweisungen und –zuschüsse</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>3.727,00</b>
	31.12.2011	€	4.005,00

33. Im Jahr 2009 wurde ein Zuschuss von der VGH für den Einbau einer Einbruchmeldeanlage im Bauhof „Am Dömitzer Damm“ in Höhe von 5.000,00 € vereinnahmt. Er wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlage über 18 Jahre aufgelöst (278,00 €).

<b>Gebührenaussgleich</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>49.340,85</b>
	31.12.2011	€	46.857,00

34. Der Sonderposten für Gebührenaussgleich setzt sich wie folgt zusammen:

	<b>2012</b>	<b>2011</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>
Anfangsstand	46.857,00	46.917,98
Zuführung	+ 2.483,85	- 60,98
<b>Endstand</b>	<b>49.340,85</b>	<b>46.857,00</b>

35. Es handelt sich um die Gebührenüberdeckung der Straßenreinigung zum 31.12.2012. Über den Betrag liegt eine Aufstellung des Fachdienstes Haushalt der Samtgemeinde Elbtalau vor.

### Schulden

<b>Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>443.914,84</b>
	31.12.2011	€	468.055,50

36. Die Zusammensetzung:

	<b>Dannenberg</b>	<b>Hitzacker</b>	<b>Gesamt</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
Anfangsstand	281.117,98	186.937,52	468.055,50
Tilgungen	-17.569,86	-6.570,80	-24.140,66
Neuaufnahmen	0,00	0,00	0,00
	<b>263.548,12</b>	<b>180.366,72</b>	<b>443.914,84</b>

37. Das Darlehen gegenüber der Samtgemeinde (ehemals Samtgemeinde Dannenberg) wird gemäß Beschluß des Samtgemeinderates vom 27.10.2006 mit 5,0 % getilgt und mit 4,5 % verzinst.

38. Als Darlehen gegenüber der Samtgemeinde (ehemals Samtgemeinde Hitzacker) sind dem Eigenbetrieb vier Darlehen der Samtgemeinde anteilig zugeordnet. Die Zinssätze bewegen sich zwischen 3,6 % und 5,51 %. Die eigentlich am 30.12.2012 zu leistende Tilgungsrate in Höhe von 6.570,72 € wurde am 22.1.2013 überwiesen.

<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>57.404,67</b>
	31.12.2011	€	62.886,10

39. Der Postensaldo ist durch eine Saldenliste belegt. Vom Gesamtbetrag entfallen 52.626,64 € (Vorjahr 56.728,23 €) auf die Samtgemeinde Elbtalau, i.W. aus zu erstattenden Personalkosten.

<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	5.845,43	4.785,05
Sonstige durchlaufende Posten	476,09	0,00
Andere sonstige Verbindlichkeiten	1.788,33	170,81
	<b>8.109,85</b>	<b>4.955,86</b>

40. Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten noch auszuzahlende Gehälter (1.725,33 €) sowie Einzahlungen von Mitarbeitern in die Betriebskasse (63,00 €).

### Rückstellungen

<b>Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>13.145,00</b>
	31.12.2011	€	53.590,55

41. Es handelt sich um folgende Sachverhalte:

	<b>31.12.2011</b>	<b>Inanspruch-</b> <b>nahme</b>	<b>Auflösung</b>	<b>Zuführung</b>	<b>31.12.2012</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
Überstunden (flexible Arbeitszeit)	16.730,00	-16.730,00	0,00	13.145,00	13.145,00
Altersteilzeit	13.069,00	-13.069,00	0,00	0,00	0,00
	<b>29.799,00</b>	<b>-29.799,00</b>	<b>0,00</b>	<b>13.145,00</b>	<b>13.145,00</b>

42. Aus der flexiblen Arbeitszeitregelung, wonach in den Sommermonaten Arbeitsstunden angesammelt und im Winter wieder abgebaut werden können, bestanden am Bilanzstichtag angabegemäß 550 Überstunden (im Vorjahr 700).
43. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde für einen Mitarbeiter gebildet, der die Altersteilzeitregelung nach dem sog. Blockmodell in Anspruch nahm. Die Arbeitsphase lief vom 1.6.2008 bis zum 23.7.2010 und die Freistellungsphase vom 24.7.2010 bis zum 31.5.2012.

<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>€</b>	<b>53.590,55</b>
	31.12.2011	€	53.853,00

44. Die Rückstellungen weisen im Einzelnen folgende Beträge auf:

	<b>31.12.2011</b>	<b>Inanspruch-</b> <b>nahme</b>	<b>Auflösung</b>	<b>Zuführung</b>	<b>31.12.2012</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
Urlaubsansprüche	36.246,29	-36.246,29	0,00	33.205,07	33.205,07
Leistungsorientierte Bezahlung	11.606,71	-11.606,71	0,00	14.385,48	14.385,48
Jahresabschlussprüfung	6.000,00	-6.000,00	0,00	6.000,00	6.000,00
	<b>53.853,00</b>	<b>-53.853,00</b>	<b>0,00</b>	<b>53.590,55</b>	<b>53.590,55</b>

45. Die Rückstellung für Urlaubsansprüche der Mitarbeiter ist aus den individuellen Bruttomonatsbezügen zuzüglich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auf der Grundlage der am Bilanzstichtag noch offenen Jahresurlaubstage ermittelt.
46. Die Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung basiert auf § 18 TVöD sowie der Dienstvereinbarung zwischen der Samtgemeinde und dem Personalrat.

## **Fragenkatalog zur Prüfung gemäß § 53 HGrG**

### **Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

**a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Es gilt die am 2.11.2006 vom Rat der Samtgemeinde Elbtalaue beschlossene Geschäftsordnung für den Samtgemeinderat, den Samtgemeindeausschuss, die Ratsausschüsse und die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse. Daneben sind in § 3 der Betriebssatzung die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Betriebsleitung ausreichend vorgegeben. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes. Ein Geschäftsverteilungsplan ist bei einer einzügigen Betriebsleitung nicht erforderlich.

**b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Der Betriebsausschuss tagte zweimal; es wurden Sitzungsprotokolle erstellt.

**c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Betriebsleiter gehört keinem Aufsichtsrat oder sonstigen Kontrollgremium an.

**d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Im Anhang wird die Vergütung für die Betriebsleitung nicht genannt, weil dies nicht vorgeschrieben ist. Erfolgsbezogene Entgeltbestandteile bestehen nicht.

### **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

**a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Ein schriftlich fixierter Organisationsplan ist nicht vorhanden.

**b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Die Frage ist mangels Organisationsplan nicht anwendbar.

**c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Es gelten die für die Samtgemeinde Elbtalaue verabschiedeten Vorkehrungen gleichermaßen für den Eigenbetrieb.

**d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Schriftlich fixierte Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse sind nicht vorhanden.

**e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge werden ordnungsgemäß verwaltet.

**Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling**

**a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Die Haushaltsplanung entspricht den Bedürfnissen des Betriebes.

**b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Die Planabweichungen werden unterjährig und am Ende des Wirtschaftsjahres analysiert.

**c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht grundsätzlich den Bedürfnissen des Betriebes. Die von der Samtgemeinde Elbtalaue für die Finanz- und Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellte Software „New System Kommunal“ der Firma Infoma ist hinsichtlich der Auswertungsmöglichkeiten jedoch verbesserungsfähig. In der Anlagenbuchhaltung ist eine schnelle Übersicht über die Art der Abschreibung und die Nutzungsdauer nicht möglich.

**d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es erfolgt eine ständige Überwachung der Liquidität.

**e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

**f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Nach unserem Eindruck ist durch die regelmäßige Erfassung und Abrechnung der Arbeitsberichte grundsätzlich sichergestellt, dass die Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Mahnläufe erfolgen regelmäßig alle zwei Monate.

**g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Eine Abteilung Controlling besteht nicht und ist aufgrund der Größe des Betriebes auch nicht erforderlich. Einzelaufgaben werden von der Betriebsleitung wahrgenommen.

**h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Der Betrieb hält keine Beteiligungen.

#### **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

**a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Spezielle Frühwarnsignale sind bisher nicht definiert worden. Der Haushaltsplan beinhaltet auch Risikoeinschätzungen und ermöglicht Soll/ Ist-Vergleiche.

**b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Weitere Maßnahmen zur Risikoabwehr oder -begrenzung sind nicht erforderlich.

**c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Die Haushaltsplanung ist durch die vorgegebene Gremieneinbindung dokumentiert.

**d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Der Haushaltsplan wird jährlich entsprechend dem wirtschaftlichen Umfeld entwickelt.

### **Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

**a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

**b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

**c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

**d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

**e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

**f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Zu a) bis f): Derartige Geschäfte werden nicht getätigt.

### **Fragenkreis 6: Interne Revision**

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**
- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**
- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/ Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**
- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**
- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**
- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Eine eigene Revisionsabteilung besteht nicht. Teilaufgaben werden von der Betriebsleitung wahrgenommen.

### **Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Anhaltspunkte für die Nichteinholung erforderlicher Zustimmungen liegen nicht vor.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Derartige Kreditgewährungen sind nicht erfolgt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Ein solches Vorgehen ist nicht erkennbar.

**d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

#### **Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

**a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Anschaffungen werden im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung geplant und angabegemäß vor der Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

**b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

**c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden nach unserem Eindruck laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

**d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Wesentliche Überschreitungen haben wir nicht festgestellt.

**e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Dafür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

#### **Fragenkreis 9: Vergaberegelungen**

**a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen haben wir nicht festgestellt.

**b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Vor der Vergabe größerer Investitions- und anderer Aufträge werden - soweit nicht technische Belange oder andere Erfordernisse Abweichungen begründen - mehrere Konkurrenzangebote eingeholt.

### **Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

**a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Es fanden zwei Betriebsausschusssitzungen im vierten Quartal 2012 statt. Vorherige entscheidungserhebliche Tatsachen lagen angabegemäß nicht vor.

**b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Unseres Erachtens vermitteln die Berichte an den Betriebsausschuss einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes.

**c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Der Betriebsausschuss wurde zeitnah informiert. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen haben wir nicht festgestellt.

**d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Es ist kein Bericht gemäß der oben genannten Gesetzesgrundlage angefordert worden.

**e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Uns liegen keine Anhaltspunkte dafür vor.

**f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung besteht nicht.

**g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte sind uns nicht bekannt geworden.

### **Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

**a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist nicht festgestellt worden.

**b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Die Bestände sind angemessen.

**c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Wesentliche stille Reserven sind nach unseren Erkenntnissen nicht vorhanden.

### **Fragenkreis 12: Finanzierung**

**a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Interne Finanzierungsquellen bestehen in geringem Maße in Form der erwirtschafteten Jahresüberschüsse, Sonderposten für Gebührenaussgleich und Rückstellungen. Überwiegend erfolgt die Finanzierung durch externe Finanzierungsquellen (Basis-Reinvermögen und Schulden). Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Bilanzstichtag nicht.

**b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Der Eigenbetrieb bildet keinen Konzern.

**c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat eine Kriegsgräber-Pflegekostenpauschale in Höhe von 8 T€ gewährt.

### **Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**

**a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Der Eigenbetrieb ist ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet.

**b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Überschüsse und Fehlbeträge sind gemäß § 110 NKomVG den Rücklagen zuzuführen bzw. ihnen zu entnehmen. Dies begegnet angesichts der vorhandenen Ausstattung mit Eigenkapital keinen finanzierungstechnischen Bedenken.

#### Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

**a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/  
Konzernunternehmen zusammen?**

Das ordentliche Jahresergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	T€	T€
Friedhöfe	-35	-30
Straßenreinigung	1	3
Betriebshof	-15	18
<b>Ordentliches Jahresergebnis</b>	<b>-49</b>	<b>-9</b>
Außerordentliches Ergebnis	63	2
Gesamtergebnis	14	-7

**b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis wurde nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

**c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Der Stundenverrechnungssatz gegenüber der Samtgemeinde wird entsprechend der Ergebnisentwicklung gegebenenfalls angepasst. Das Darlehen der Samtgemeinde ist seit 2006 zu marktüblichen Konditionen zu verzinsen.

**d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Es bestehen keine Konzessionsvereinbarungen.

#### Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

**a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Einzelne verlustbringende Geschäfte waren nicht zu verzeichnen.

**b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Entfällt.

#### Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

**a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Im Haushaltsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss erzielt.

**b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Die Stundensätze für Fahrzeuge und Geräte wurden zum 1.1.2013 erhöht.

Es ist vorgesehen, die Stundensätze für das Personal und die Friedhofsgebühren zu erhöhen.

Nach wie vor laufen Überlegungen, die vorhandenen Standorte (Betriebshöfe Dannenberg und Hitzacker, sowie Verwaltung in den Räumen der Samtgemeinde) zusammenzuführen.